

Österreichs Betriebe im Fokus: Ältere Arbeitnehmer bald mit Bonus-Malus?

AK und ÖGB fordern 2025 ein Bonus/Malus-System zur Förderung älterer Arbeitnehmer in Österreich. Ziel: 100.000 Beschäftigte bis 2030.



Vienna, Österreich - In Österreich sind fast ein Drittel der Betriebe nicht bereit, ältere Arbeitnehmer ab 60 Jahren einzustellen. Dies belegen aktuelle Meldungen der Arbeiterkammer (AK) und des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB), die ein Maßnahmenpaket zur Förderung der Beschäftigung dieser Altersgruppe fordern. Der zentrale Vorschlag ist ein innovatives Bonus-Malus-System, das Betriebe belohnt, die ältere Arbeitnehmer beschäftigen, und bestraft, die dies unterlassen. Laut den Daten sind rund 30% der mittleren und größeren Unternehmen in Österreich (insgesamt 7.400 Betriebe) nicht bereit, Mitarbeitende ab 60 Jahren einzustellen.

Das Problem ist alarmierend: Der Anteil der 60- bis 64-Jährigen an der Belegschaft liegt lediglich bei etwa 5%. In dieser Altersgruppe leben in Österreich rund 700.000 Personen. Ziel des geplanten Maßnahmenpakets ist es, bis 2030 mindestens 100.000 dieser älteren Arbeitnehmer in Beschäftigung zu bringen. Die Zahlen zeigen offenbar einen großen Handlungsbedarf – seit dem Jahr 2000 hat sich zudem das durchschnittliche Pensionsantrittsalter für Frauen von 56,8 auf 60,4 Jahre und für Männer von 58,5 auf 62,4 Jahre erhöht.

Berufliche Perspektiven für ältere Arbeitnehmer

Im Jahr 2024 waren nur 22,8% der Frauen (76.000 von 340.000) und 45,6% der Männer (150.000 von 330.000) in der Altersgruppe 60-64 Jahre beschäftigt. Dies zeigt, dass es an Anreizen und strukturellen Veränderungen im Arbeitsmarkt mangelt. Der ÖGB fordert daher nicht nur altersgerechte Arbeitsplätze, sondern auch gezielte Förderungen, anstatt pauschale Beitragserleichterungen. Vorschläge umfassen ein transparentes Monitoring der Älterenquoten, verbesserte Rehabilitations- und Präventionsangebote sowie verbindliche Grenzwerte für das Bewegen schwerer Lasten.

Unterstützung für diesen Vorstoß kommt auch von den Grünen, die jedoch die Ablehnung eines entsprechenden Antrags im Nationalrat kritisieren. Im Gegensatz dazu äußern NEOS und ÖVP Bedenken, dass der Vorschlag als bürokratisch und unnötig erachtet wird, wobei sie die Schaffung von Anreizen anstelle von Strafen befürworten.

Neue Pensionsregelungen und Maßnahmen

Zusätzlich lobt der ÖGB die jüngst von der Regierung vorgeschlagenen Initiativen zur Stabilisierung des Pensionssystems. Die Einführung der Teilpension ab 2026 wird als Möglichkeit angesehen, älteren Arbeitnehmern einen sanfteren

Übergang in die Pension bei gleichzeitiger Gewährleistung eines gesunden Einkommens zu ermöglichen. Diese Maßnahme könnte dazu führen, dass Menschen länger im Arbeitsleben verbleiben können, was dem gesamten Pensionssystem zugutekäme.

Gleichzeitig gibt es jedoch kritische Stimmen zur geplanten Verkürzung der Altersteilzeit, die als negativer Aspekt des neuen Pensionspakets angesehen wird. Der ÖGB fordert nachdrücklich gezielte Anreize und Erleichterungen, um die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu fördern und somit die Langzeitarbeitslosigkeit zu senken. Eine besonders positive Erwähnung fand die Aktion 55+, die sich mit der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit beschäftigt.

Globale Perspektiven und Herausforderungen

Der demografische Wandel ist ein globales Thema. Laut Informationen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) könnte Deutschland in den kommenden Jahrzehnten aufgrund des demografischen Wandels eine erhebliche Anzahl an Arbeitskräften verlieren, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden. Eine der Lösungen könnte darin liegen, ältere Arbeitnehmer im Job zu halten, denn die Erwerbsquote dieser Altersgruppe hat in den letzten zehn Jahren zugenommen.

Ältere Arbeitnehmer sind jedoch nach wie vor stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, und ihre Chancen auf eine neue Stelle sind im Vergleich zu jüngeren Arbeitnehmern nicht gestiegen. Trotz der Herausforderungen im Arbeitsmarkt zeigt sich, dass eine bessere Integration älterer Arbeitnehmer sowohl in Österreich als auch in Deutschland notwendig ist, um den Folgen des demografischen Wandels entgegenzuwirken.

Für weitere Informationen können Sie die Berichte unter diesen Links lesen: **Vienna.at**, **OTS**, und **IAB**.

Details	
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.ots.at• iab.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at